

Jüdische Allgemeine | 27.01.2017 | Christine Schmitt |
<http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/27644>

Berlin

Mahnwache für Ghetto-Renten

Initiativen schicken offenen Brief an Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles

Mit einer Mahnwache haben am Freitag am Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin verschiedene Gruppen protestiert, um auf eine Reform der sogenannten Ghetto-Renten aufmerksam zu machen.

Am Tag des Gedenkens an die Opfer der Nazis veröffentlichten die »Initiative Ghetto-Renten Gerechtigkeit Jetzt!«, die Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), die Jüdischen Glaubensgemeinden in Polen und die Vereinigung der Roma in Polen einen offenen Brief an Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD).

Sie wiesen auf die Notwendigkeit einer Korrektur des sogenannten Ghetto-Renten Gesetzes von 2002 hin und kritisieren, dass etliche Menschen, die während der Nazizeit in Ghettos gearbeitet haben, keinen Anspruch auf Rente haben, da sie die nötige Mindestversichertenzeit von 60 Monaten nicht erfüllen.

SINTI UND ROMA Die meisten Ghettos existierten jedoch von 1939 bis 1943, somit blieben alle, die keine weiteren Beitragszeiten vorweisen können, außen vor. Vor allem betroffen seien Menschen, die als Kinder arbeiten mussten, da NS-Verfolgung erst ab der Vollendung des 14. Lebensjahres anerkannt wird, sowie Sinti und Roma. »Wer nicht ermordet wurde, musste Zwangsarbeit leisten«, sagte Markus Tervooren, Geschäftsführer der Berliner VVN-BdA.

Das Ghetto-Renten-Gesetz solle »großzügig, statt bürokratisch« überarbeitet werden. Auch der Zentralrat der Juden in Deutschland und die Jewish Claims Conference unterstützen diesen Appell.

Der Verband der Jüdischen Glaubensgemeinden in Polen und die Vereinigung der Roma in Polen appellieren an das Bundestagspräsidium und die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, »sich fraktionsübergreifend und einvernehmlich für eine Reform einzusetzen«, betonte Marian Kalwary, der das Warschauer Ghetto überlebt hat und als Bevollmächtigter vom Vorstand der Jüdischen Glaubensgemeinden in Polen agiert. Kalwarys Stellungnahme wurde verlesen, weil er aus gesundheitlichen Gründen nicht an der Kundgebung teilnehmen konnte.

Ihn bedrücke, so Kalwary, dass er die Rente erhalte, aber viele andere, die ebenfalls Gräueltaten erlebten, sie nicht bekämen. »Wir haben genug gelitten und viel zu lange um die Anerkennung unserer Arbeitsleistungen kämpfen müssen, um nun hochbetagt von der Ghetto-Rente ausgeschlossen zu werden«, heißt es in seinem Schreiben. Diese Angelegenheit sei umso wichtiger, als sie nur eine kleine Gruppe älterer Menschen beträfe, von denen sich viele in einem schlechten gesundheitlichen Zustand und einer schwierigen sozialen Lage befänden.

VERFOLGUNG Edward Debicki, heute 82 Jahre alt, musste als Kind im Ghetto Włodzimierz Wolynski arbeiten und ließ seine Erlebnisse bei der Mahnwache vorlesen. »Den gesamten Krieg floh ich mit meiner Familie vor der Verfolgung. Als kleiner Junge musste ich gegen ein kleines Entgelt Heizmaterial sammeln, schwere Pakete tragen und in improvisierten Küchen helfen.«

Esther Dischereit, die der zweiten Generation der Holocaust-Überlebenden angehört, erklärte in einem Schreiben: »Die Jüdischen Gemeinden in Polen und die Vereinigung der Roma in Polen müssen eine Regelung anmahnen, die längst getroffen werden müssen.« Niemand könne zusehen wollen, dass den Menschen, die das Martyrium des Ghettos überlebt haben, der Zugang versagt bleibe.